

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Sammann.

Berlin, Montag, den 8. Mai 1893.

† Die Auflösung des Reichstags.

Durch Allerhöchste Verordnung ist am Sonnabend der Reichstag aufgelöst worden, nachdem er die Militärvorlage selbst in einer abgeschwächten, aber für die verbündeten Regierungen noch annehmbaren Form, mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt hatte.

Die Auflösung ist die einzig richtige und nothwendige Antwort auf das Verhalten des Reichstags in einer der höchsten Lebensaufgaben des Volks. Es handelte sich bei der Militärvorlage um die Existenz, um die Ehre, um die Zukunft Deutschlands! Die Weltverhältnisse erfordern gebieterisch die Verstärkung der Wehrkraft; um die damit verbundenen Lasten der Bevölkerung erträglicher zu machen, hat die Regierung das Zugeständniß der zweijährigen Dienstzeit, deren Einführung von dem gesammten Liberalismus Jahrzehnte lang erstrebt worden ist, gemacht; auf der anderen Seite hat die Regierung bewiesen, daß die zweijährige Dienstzeit nur unter der Bedingung der Verstärkung der Wehrkraft möglich ist. Und was hat die Opposition, was haben die Freisinnigen, die Ultramontanen, die Socialdemokraten, die Volksparteiler und die französisch gesinnten Elsaß-Lothringer darauf erwidert? Sie verweigern die Verstärkung der Wehrkraft und wollen die zweijährige Dienstzeit nur unter solchen Bedingungen annehmen, welche thatsächlich das Heer schwächen, die Wehrkraft zertrümmern und Deutschland in dem Kriege der Zukunft kampfunfähig machen würden.

Auf ein solches Gebahren giebt es keine andere Antwort als die: Weg mit einer solchen Volksvertretung, deren Mehrheit kein Verständniß hat für die wichtigsten Interessen der Nation; es giebt keine andere Maßnahme, als dem Volke Gelegenheit zu geben, Männer in den Reichstag zu schicken, welche seine wahren Interessen besser vertreten und sich der Pflichten gegenüber dem Vaterland besser bewußt sind!

Jetzt haben die Wähler das Wort! Es ist in den Verhandlungen des Reichstags sowohl wie in der Presse der Oppositionsparteien genug geschehen, um das Urtheil des Volks zu verdunkeln. Aber der gesunde Sinn des Volks wird sich bei der Entscheidung um seine höchsten Güter nicht irre führen lassen. Die Nation möge nur das Eine bedenken, daß die von der Opposition jetzt siegreich geltend gemachten Einwände von eben denselben Parteien stets jeder Militärvorlage gegenüber vorgebracht worden sind: schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, Leistungsunfähigkeit und Ueberlastung des Volks, zu viel Steuern, zu viel Soldaten! Mit diesen Waffen haben die Oppositionsparteien die Militärvorlage von 1874, 1880 und 1887 ebenso bekämpft wie die gegenwärtige. Damals — mit Ausnahme von 1887, wo der Reichstag aufgelöst und durch einen besseren ersetzt wurde — waren sie stets in der Minderheit: wo wäre Deutschland hingekommen, wenn es ihnen schon damals gelungen wäre, ihren Willen durchzusetzen? Jetzt hatten sie, wie 1887, wieder soviel Obervasser, daß sie ihr gefährliches Spiel gewannen. Sollten sie wirklich ein Spiegelbild des deutschen Volks in der Gegenwart sein?

Der Termin für die Neuwahlen ist auf den 15. Juni angesetzt worden. Eine schwere Verantwortung liegt jetzt auf den Schultern der Nation. Für sie kann kein Zweifel vorhanden sein, wohin wir treiben würden, wenn sie ihre Interessen in der einzigen Lebensfrage, um die es sich jetzt handelt, wieder in die Hände derjenigen Parteien legen würde, welche, wenn sie stets das Heft in Händen gehabt hätten, Deutschland schon vor zehn Jahren wehrlos gemacht haben würden. In Frankreich jubelt man über die Ablehnung der deutschen Militärvorlage, und dieser Jubel steht in Harmonie mit dem Beifall, mit welchem die Freisinnigen, Ultramontanen und Socialdemokraten ihre Heldenthat im Reichstage selbst begrüßt haben. Das Reich, die Existenz und die Zukunft Deutschlands schwebt bei einer solchen Majorität

in Gefahr: sie zu überwinden, für die Heeresreform einzutreten, für Kaiser und Reich laut und unzweideutig Zeugniß abzulegen, ist jetzt die Aufgabe des Volkes!

Das Spiel im Reichstag

hat nun ein End'. Blickt man zurück auf die Verhandlungen über die Militärvorlage, ja schon auf die Erörterungen in der Presse, die schon lange vor Bekanntwerden der Militärvorlage begannen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß mit den Lebensinteressen der Nation ein wahrhaft unwürdiges Spiel getrieben worden ist. Der Chorführer der Opposition in der Presse war der freisinnige Abgeordnete Richter, der schon im Sommer vorigen Jahres seinen Feldzug gegen die aus der Militärvorlage bekannt gewordenen Zahlen eröffnete. Die dagegen vorgebrachten Einwände hatten für den oberflächlichen Beurtheiler etwas Bestechendes: Präsenzerhöhung von 72 000 Mann bei so schlechten Zeiten, noch mehr Steuern bei wirtschaftlichem Niedergang; wozu vierte Bataillone, wozu Staatsverstärkung der Bataillone, da Frankreich weit hinter unserer Präsenz- und Kriegsstärke zurückbleibt! Dabei wurde mit Zahlen herumgeworfen, die den einfachen Sinn verwirren mußten. Nur die zweijährige Dienstzeit nahm man als etwas selbstverständliches an, für die aber der Nation kein Opfer aufzuerlegen sei.

Es läßt sich gar nicht leugnen, daß eine derartige Behandlung der Vorlage in der Oppositionspresse viel dazu beitrug, auch in weiteren Kreisen gegen die beabsichtigte Heeresreform eine Verstimmung zu erzeugen. Als nun der Reichstag in Thätigkeit trat, konnte man sich auf diese eben erst künstlich und tendenziös gemachte Verstimmung berufen, und darauf bauten alsbald Freisinn und Centrum ihren Standpunkt auf: Annahme der zweijährigen Dienstzeit, aber nur innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Präsenzstärke! Dieser Standpunkt war ausgeklügelt ohne Rücksicht auf die Möglichkeit seiner Durchführung. Nun kamen die langwierigen, sachlichen und gründlichen Verhandlungen in der Kommission, in der die Regierung sich nicht die Mühe verbrießen ließ, die Unmöglichkeit dieses Standpunkts bis ins Einzelne darzulegen. Man darf sagen, daß durch die Darlegungen und Beweisführungen der Regierung Jedermann von der Nothwendigkeit und Folgerichtigkeit der beabsichtigten Heeresreform, insbesondere der Ausgleichsmaßregeln für die zweijährige Dienstzeit überzeugt werden mußte: auch für den Unkundigsten liegt es auf der Hand, daß ein Bataillon mit zweijähriger Dienstzeit einen stärkeren Bestand haben muß, als ein Bataillon mit dreijähriger, und daß die vierten Bataillone sowohl wegen der erhöhten Anforderungen, die bei zweijähriger Dienstzeit an die anderen Bataillone zu stellen sind, als auch wegen des Nutzens für die Mobilmachung geboten sind. Der militärisch sachverständige freisinnige Abg. Hünze hat sich denn auch belehren und überzeugen lassen. Ebenso ist der militärisch Sachkundige des Centrums Freiherr v. Huene, der jedoch an der Kommissionsberathung nicht theilgenommen hatte, alsbald von der absoluten Nothwendigkeit und Folgerichtigkeit der Vorlage überzeugt worden, und ihm es zu danken, wenn er einen Antrag einbringen konnte, der diesen Erwägungen Rechnung trug und mit dem sich auch die Regierung einverstanden erklären konnte.

Wir sagen, Jedermann mußte durch die Darlegungen der Regierung überzeugt werden, und möchten hinzufügen, Jedermann ist auch thatsächlich überzeugt worden. Aber was hätte das zur Folge gehabt? Freisinn und Centrum hätten ihren Standpunkt, auf den sie durch Herrn Richter gerathen waren, aufgeben müssen! Das wäre wahrhaft patriotisch

gewesen, wurde aber von dem Gros der beiden Parteien wie eine Beschämung, wie ein Zugeständniß, vorher einen völlig verkehrten und unsachgemäßen Standpunkt eingenommen zu haben, empfunden. Die „Partei“, der Standpunkt der Partei ist aber nach Herrn Lieber das Wichtigere; von Herrn Richter gilt dasselbe. Nur der Partei wegen blieb man auf dem verkehrten Standpunkt, obwohl man innerlich von seiner Unhaltbarkeit überzeugt sein mußte. Zur Beschönigung dieses Verhaltens wurden dann die Sorge für die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Klage über den „Militarismus“ u. s. w. u. s. w. hervorgeholt, und man redete sich gegenseitig Muth und die Hoffnung zu, daß man hiermit bei den Wahlen die besten Geschäfte machen werde. Aber das Land wird ihnen hoffentlich zu verstehen geben, daß sie mit seinen Interessen ein untwürdiges Spiel getrieben haben, daß es von diesen Männern im Reichstag wie in der Presse fälschlich in eine Verstimmung getrieben wurde, die sich jetzt als vollständig unberechtigt herausgestellt hat, und daß es in Zukunft von solchen Volksvertretern nichts mehr wissen will.

Die deutsch-freisinnige Partei ist nicht mehr.

Die freisinnige Partei hat sich am Tage ihres Sieges über die Militärreform das Leben genommen. Die freisinnige Fraktion des Reichstags hielt am Abend des 6. Mai eine Sitzung ab. Die „Freis. Ztg.“ berichtet darüber: „Abg. Richter beantragte, die Fraktion wolle erklären, daß die Abstimmung der fünf Fraktionsmitglieder für den Antrag Guene (Meher, Hünze, Brömel, Maager, Dr. Siemens, das sechste Mitglied, Abg. Schröder, hatte seinen Austritt aus der Fraktion angezeigt) mit der politischen Gesamthaltung der Partei nicht zu vereinbaren ist. Für den Fall der Ablehnung erklärte Abg. Richter den Austritt aus der Partei. Von anderer Seite wurde dieselbe Erklärung für den Fall der Annahme des Antrages abgegeben. Hierauf kam man beiderseitig überein, nach Annahme des Antrages sich in friedlicher Weise zu trennen. Der Antrag wurde mit 27 gegen 22 Stimmen angenommen. Dafür auch Virchow, dagegen u. A. Rickert, Hünze, Hänel, Barth, Bamberger, Brömel. Hierauf wurde eine Kommission von sechs Mitgliedern niedergesetzt zur friedlichen Auseinandersetzung über die gemeinsamen Angelegenheiten. Die Kommission besteht einerseits aus Richter, Dr. Hermes, Hugo Hermes, andererseits aus Bamberger, Barth, Schröder.“

Als die Fusion eingegangen wurde (1884) zählte die Liberale Vereinigung (Secessionisten, ehemalige Nationalliberale) 46, die Fortschrittspartei 60 Sitze. Je 3 Abgeordnete von beiden Seiten machten die Verschmelzung nicht mit, so daß die neue deutsch-freisinnige Partei 100 Mann hoch auftrat. Jetzt, bei der Auflösung der Gemeinschaft, zählte die Partei 67 Sitze. Nach der Darstellung der Freis. Ztg. kann man den Abg. Richter als den Todengräber bezeichnen. Er hat das Scherbengericht über die „Abtrünnigen“ verlangt und damit die Partei gesprengt.

So mußte es kommen: die deutsch-freisinnige Partei hat sich mit der Niederlage, die sie der Militärreform in dem verflohenen Reichstage beibrachte, zu Tode besiegt, und die überlebenden Theile treten nun moralisch geschwächt in den Wahlkampf ein. Aber die Frage drängt sich auf: Warum ist das Ereigniß nicht schon vor acht Tagen eingetreten, als der Riß schon so stark war, daß nach der Versicherung der Volkszeitung alle Kleinstertöpfe der Welt zu seiner Verklebung nicht ausreichen sollten? Warum mußten die um Rickert, der für sich und seine Freunde die Mitwirkung zu Gunsten des Kompromisses in Aussicht gestellt hatte, erst noch einmal auf die Richter'sche Seite fallen? Es war und ist nach diesem Ausgange ein klägliches Schauspiel, das die Freisinnigen gegeben haben.

Der Abg. Alexander Meher

hat folgende Erklärung veröffentlicht:

Geehrter Herr Redakteur! Ich ersuche Sie, mir in Ihrem Blatte so viel Raum zu gewähren, als für eine Erklärung nothwendig ist, die in diesem Augenblick von mir gefordert werden muß. Ich habe mich

bei der Abstimmung über die Militärvorlage von der freisinnigen Partei getrennt, weil ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß eine Verstärkung der Armee unter Einführung der zweijährigen Dienstzeit durch politische und militärische Rücksichten gebieterisch gefordert wird. Diese Ueberzeugung habe ich entnommen aus den Erklärungen, die von der Regierung im Laufe der Kommissionsverhandlungen abgegeben und im Kommissionsbericht niedergelegt sind. Diese Erklärungen sprechen sich über die Lage mit der gebotenen Vorsicht, aber auch mit der nicht minder gebotenen Deutlichkeit aus, und ich habe mich ihrem Eindruck nicht entziehen können. Ich bin außer Stande, meine Ueberzeugung auf Andere zu übertragen, aber niemand ist im Stande, sie mir zu rauben. Nachdem ich die Meinung gewonnen hatte, daß die Sicherheit des Reiches die Zustimmung zu der Vorlage erfordert, konnten mich Erwägungen, die von anderen Gesichtspunkten ausgingen, in meiner Entschließung nicht irre machen. Auf Angriffe, die aus diesem Anlaß gegen mich gerichtet werden, beabsichtige ich einstweilen nichts zu erwidern.

Politische Tagesfragen.

Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe

ist schwer erkrankt. Nach den Nachrichten vom Montag früh ist sein Zustand hoffnungslos, es waren bereits Anzeichen von Lungenlähmung erkennbar. — Fürst Adolf ist am 1. August 1817 geboren und seinem Vater Georg Wilhelm am 21. November 1860 in der Regierung gefolgt.

Beginn der Neuwahlen.

Nachdem durch kaiserliche Verordnung vom 6. Mai bestimmt ist, daß die Neuwahlen zum Reichstag am 15. Juni d. J. vorzunehmen sind, macht der Minister des Innern im Staatsanzeiger bekannt, daß er den Tag, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu beginnen hat, auf den 18. Mai festsetze.

Für die Opposition gegen den Antrag Guene hinter dem Spiegel.

Wie man in Paris den jüngsten Verhandlungen des deutschen Reichstags gefolgt ist, schildert eine Pariser Korrespondenz des „Hamburgischen Korrespondenten“, wie folgt: „Als dort (im deutschen Reichstage) die Vorlage wegen der Armeeform eingebracht wurde, erging vom französischen Ministerium des Aeußern an die Pariser Presse die Aufforderung, nicht durch unnöthiges Chauvinistisches Lärm schlagen der deutschen Regierung eine Waffe bei Vertheidigung dieses Gesetzes vor dem Reichstage in die Hand zu geben. Diese Parole ist, wie es in Dingen der auswärtigen Politik in Frankreich ausnahmslos geschieht, selbst von den Blättern der extremsten Opposition getreu befolgt worden. Jetzt, in den letzten Tagen läßt man die Maske der Gleichgültigkeit fallen. Je nachdem die Nachrichten aus Berlin dem Zustandekommen eines Ausgleiches günstiger oder ungünstiger lauten, ist man zum Himmel hoch jauchzend oder zum Tode betäubt. Das liegt auf der Hand. Für die französischen Revanchemänner wäre die Vermehrung der deutschen Armee auf das richtige Verhältniß zu der deutschen Bevölkerung einfach der Todesstoß. Man könnte bei der um 10—12 Millionen geringeren Einwohnerzahl und bei der schon jetzt geringeren Dienstfähigkeit der einzelnen Individuen nicht weiter mit und man fühlt, daß mit dem Tage der deutschen Armeevermehrung Deutschland nicht nur ein gefährlicherer Gegner für Frankreich, sondern auch ein begehrenswertherer Freund und Bundesgenosse für jedweden europäischen Großstaat einschließlich Rußland wird.“

Daher die Erregung, daher der Jammer bei dem Gedanken, die deutsche Regierung möchte doch eine Mehrheit für ihre Pläne in der Volksvertretung finden, und daher die grenzenlose Freude, wenn die Hoffnung wieder auflebte, das Gesetz werde schließlich doch nicht angenommen werden. Wenn die Abgeordneten, die gegen die Heeresvermehrung stimmen werden, recht angefeiert werden wollen, so müssen sie nicht in ihre Wahlkreise, und seien diese noch so sehr im Sinne der Ablehnung bearbeitet, gehen, sondern dann müssen sie eine Reise nach Frankreich machen. Dort werden sie mit offenen Armen aufgenommen werden.

Von dem Eindruck, den die Ablehnung in Paris gemacht hat, liegt folgende Depesche vom 7. Mai vor: Der „Temps“, der sich als officiöses Blatt noch besonderer Zurückhaltung befleißigt, sagt, die Nachricht über die Auflösung des Reichstages verbreitete, obwohl sie erwartet wurde, in Deutschland und Europa jenen leichten Schauer, der historische Ereignisse begleitet. Das Blatt bezeichnet die Haltung des Centrums als sehr geschickt. — Der „Jour“ bemerkt, die Verhältnisse in Deutschland erinnern an die tröstenden Worte Gambetta's von der immanenten Gerechtigkeit der Dinge. — Besonders hervorgehoben werden muß noch, daß in den französischen Blättern die elsaß-lothringischen Abgeordneten als große französische Patrioten gefeiert werden, weil sie nach Berlin geeilt seien, um die Verstärkung der deutschen Heeresmacht zu verhindern. Das sei ein Dienst, den Frankreich ihnen nie vergessen werde.

Zum Thema „bedingt tauglich.“

Dem „Deutschen Vaterland“ in Frankfurt a. M. ist aus der Pfalz von einem alten Krieger Folgendes zugegangen:

„Als ich vor fast 23 Jahren von der allgemeinen Begeisterung ergriffen, freiwillig in das Heer trat, um mittheilzunehmen an der Verteidigung des Vaterlandes, da ging mir die Brust auf vor Stolz und Freude. Wenn ich dann später meinem Jungen erzählte aus der großen Zeit, von Sedan, wo ich geblutet habe, von dem herrlichen Gefühl, als mir mein Kommandeur das Kreuz anheftete, da mag in ihm wohl die Soldatenlust erwacht sein. Wir treuten uns beide auf den Tag, wo er im bunten Rock, mit der Nr. 8 auf der Schulter, zum ersten Mal von Meß auf Urlaub kommen würde. Ein guter Soldat wäre er geworden — ein strammer Bursch, und frisch, freudig und unermüdet.“

Vor einem Jahre, als er von der Musterung kam, und ich ihn fragend empfing, da vermochte er mir vor Erregung fast nicht zu antworten. Er war nicht genommen. Und warum? Er hat sich durch das Säcketragen in der Mühle eine etwas schiefe Schulter und ein hervortretendes Schulterblatt geholt. Du lieber Gott! Ich hab's nie bemerkt, aber gesund ist er und der Kräftigste im ganzen Dorf, und dabei hat er das Auge und die sichere Hand eines Schützen.

Wenn aber heute der Franzose wieder Luft verspürt, unsere Dörfer in Asche zu legen, so weiß ich, wo ich hingehöre. Wo sich der Landsturm scharf, da werden auch mich meine alte Knochen hintragen — für meinen Sohn aber, dem Stärksten im Dorf, bleibt der Platz bei den Weibern am Ofen.“

Von der Centrumsdemokratie.

In einer seiner letzten Reden bemerkte, wie die Köln. Ztg. hervorhebt, der Abg. Lieber, daß er ein Mißpreuße sei, im Jahre 1866 an Preußen (als Nassauer) annectirt und seitdem der Krone Preußens unterworfen; von angestammter Unterthanentreue könne da keine Rede sein. In diesem Zusammenhang, in dem er sich von dem Vorwurf einer preussischen Gesinnung zu reinigen suchte, wandte der Clericaldemokrat sich also gegen den Freiherrn v. Schorlemer-Nst, den vornehmsten Vertreter der älteren Traditionen der Centrumspartei:

„Es hat ein sonst von mir hochberehrteter, ein um die Partei des Centrums vielfach verdienter preussischer Edelmann kürzlich in einer deutschen Adelsversammlung den Satz ausgesprochen, das Haus der Hohenzollern sei der Hort der Monarchie in Deutschland nicht nur, sondern in ganz Europa. Ich erkläre, daß dies nicht der Standpunkt des Centrums ist. . . . Wir erkennen gern an, daß das Haus Hohenzollern, seit es die deutsche Kaiserkrone trägt, berufen ist, als Hort der Reichsverfassung, wie die Rechte des Volkes, so auch die Rechte der verbündeten Fürsten und freien Städte zu schützen. Allein wir werden durch keinen Ablauf der Zeit uns bestimmen lassen, das Unrecht der Vergangenheit, welches von diesem Hause ausgegangen ist, Recht zu nennen. Dies in Bezug auf den Hort der Monarchie.“

Das ist denn doch ein starkes Stück! Das ist derselbe demokratische Führer des Centrums, der trotz aller Bindungen nicht abzuläugnen ver-

mochte, daß ihm der Fortbestand des Centrums über eine berechnete und nothwendige Militärreform geht, daß er also die Partei über das Vaterland stellt. Jetzt macht noch dieser Führer des Centrums dem Preußenfresser Sigl Konkurrenz.

Säkularfeier der Städte Danzig und Thorn.

Am 7. Mai 1793 leisteten im Rathhause zu Danzig die Behörden dieser Stadt sowie eine Deputation angesehener Thorer Bürger dem Könige Friedrich Wilhelm II., der durch den General v. Raumer und den Regierungspräsidenten v. Schleinitz vertreten wurde, den Huldigungseid, und somit wurden zwei alte deutsche Hansestädte endlich wieder mit dem Reich vereinigt. Schon Friedrich II. hatte sein ganzes Streben darauf gerichtet, Danzig und Thorn für sich zu gewinnen, und bei der Erwerbung Westpreußens im Jahre 1772 die Ueberlassung der beiden Städte energisch gefordert, aber die Eifersucht der übrigen Mächte auf Preußen verhinderte, daß die beiden den Handel auf der Weichsel beherrschenden Städte, die gleichzeitig zur Verbindung des Ostens der preussischen Monarchie mit dem Westen von großer Wichtigkeit waren, mit dem preussischen Staat vereinigt wurden.

Der König ließ jedoch sein Ziel nicht aus dem Auge. Durch geschickte, mit Energie durchgeführte handelspolitische Maßnahmen wußte er es zu erreichen, daß die Danziger Kaufherren sich von der Nothwendigkeit eines Anschlusses an Preußen überzeugten und nach der zweiten Theilung Polens im Jahre 1792 seinem Nachfolger freiwillig ihre Unterwerfung anboten. Desgleichen erklärte sich das einst von dem deutschen Orden gegründete Thorn bereit, Freude und Leid auch fortan mit der Schwesterstadt zu theilen und mit dieser dem neuen Herrscher den Treueid abzulegen. Nur vorübergehend haben sich die beiden Städte noch einmal der Fremdherrschaft beugen und in den Jahren 1807 bis 1813 eine harte Zeit der Leiden und Bedrängnisse durchleben müssen, bis sie im Jahre 1815 dem Mutterlande wieder zurückgegeben wurden.

Nach der Vereinigung mit Preußen blühte in beiden Städten ein neues reiches Leben auf, zumal die preussischen Könige ihnen ihr besonderes Wohlwollen zuwandten. Auch unser jetziger Kaiser hat während seiner vorjährigen Anwesenheit in Danzig die Stadt seiner fortgesetzten Huld versichert. Jetzt rüsten sich beide Städte, den 100jährigen Jubeltag ihrer Vereinigung mit Preußen festlich zu begehen, und die festliche Stimmung findet in der ganzen Monarchie freudigen Widerhall.

Von Bränden beschädigte Haushaltungen in Preußen.

Auf den Zählkarten, welche die preussischen Polizeibehörden über jede von einem Schadenbrande betroffene Befizung auszufüllen haben, soll auch die Bewohnung d. r. Grundstücke, sowie die Zahl der vom Brande unmittelbar beschädigten Haushaltungen verzeichnet werden. Dies geschieht aber nicht immer bei Verlusten außerhalb der eigentlichen Wohnräume, und außerdem treten Brandschäden an dem Eigenthume des Staates, der Gemeinden u. dgl. ein, welche Befizler nicht als „Haushaltungen“ betrachtet werden. Mit ihrem Einschlusse wurden nach einer Schätzung in den Jahren 1885—87 durchschnittlich von Bränden beschädigt: in Berlin 3 030, in den übrigen Stadtkreisen und Städten mit über 20 000 Bewohnern 4 420, in den kleineren Stadtgemeinden 4 352, in den Landgemeinden 12 969 und in den Gutsbezirken 1 777 Haushaltungen. Hieraus folgt, daß von je 1 Million im Jahre 1885 überhaupt vorhandener Haushaltungen jährlich 9 924 bezw. 4 874, 3 891, 3 967 und 4 724 einen Brandschaden erlitten haben. Diese Antheile sind auch für die späteren Jahre als annähernd zutreffende anzunehmen.

Personalien.

Die Regierungs-Referendare Pickert aus Arnberg, Reimer aus Wiesbaden, Pütter aus Posen, Freiherr v. Fürstenberg aus Münster und Dr. jur. Zaun aus Köln haben die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.